

Gewaltschutz ausfinanzieren, Femizide verhindern!

Die Fraktionen der Bezirksparteien SPÖ und Neos in Wien-Hernals

stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 6. Oktober 2021 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Bezirksvertretung Hernals verurteilt die in den letzten Jahren gestiegene Anzahl der Morde an Frauen und bekennt sich zu einem umfassenden Gewaltschutz.

Es braucht österreichweit eine vollständige Ausfinanzierung von Frauenschutz- und Gewaltpräventionseinrichtungen durch den Bund, um dieser besorgniserregenden Entwicklung entgegenzuhalten!

In den letzten Jahren ist die Zahl der in Österreich ermordeten Frauen stark angestiegen, innerhalb der EU liegt unser Land mittlerweile im traurigen Spitzenfeld. Während im Jahr 2015 noch 17 Frauen einem Mord zum Opfer fielen, waren es 2018 Jahr mit 41 ermordeten Frauen mehr als doppelt so viele. Bis zur Verfassung dieser Resolution wurden im Jahr 2021 bereits 21 Frauen ermordet.

Frauenschutz- und Gewaltpräventionseinrichtungen haben im Frühling dieses Jahrs eine Mittelaufstockung von zumindest 228 Millionen Euro gefordert, um ihre so wichtige Arbeit solide ausfinanzieren zu können. Im Mai 2021 reagierte die Bundesregierung auf den zunehmenden Druck und kündigte ein Maßnahmenpaket gegen Gewalt an Frauen an. Zugesagt wurden Mittel in der Höhe von 24,6 Millionen Euro, die u.a. Gewaltschutzeinrichtungen, Familienberatungsstellen und Gewaltprävention in der Justiz zugutekommen sollten. Bisher ist noch unklar, wohin genau diese Gelder genau fließen sollen und die betroffenen Organisationen warten auf die versprochenen Finanzmittel.

Auch abseits der Finanzierungsfrage braucht es weitergehende Maßnahmen. Bevor es zur Gewalttat innerhalb einer Familie bzw. Beziehung kommt, gibt es in aller Regel eine Vorgeschichte von häuslichen Übergriffen und Gewalt, von denen viele auch behördlich bekannt werden.

Morde an Frauen sind kein „Beziehungsdrama“, Gewalttaten aus Motiven wie etwa Eifersucht keine „Liebestat“, wie von Zeit zu Zeit in der Berichterstattung diverser Medien zu lesen ist. Es sind verabscheuungswürdige Gewaltverbrechen, die sich keine Verharmlosung verdient haben.

Auch in Hernals begleitet uns das Thema seit einiger Zeit und wird schon in der Sozialkommission behandelt. Darauf aufbauend sollen alle Maßnahmen gesetzt werden, die dazu beitragen, das Leben aller Menschen in Hernals als sicher zu gestalten. Dazu sind verschiedene Anstrengungen notwendig.

Gewalt gegen Frauen ist ein gesamtösterreichisches und gesamtgesellschaftliches Problem. Als Bezirksvertretung Hernals treten wir entschieden gegen alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Kinder auf und sprechen uns für die bundesweite Ausfinanzierung von Frauenschutz- und Gewaltpräventionseinrichtungen aus!

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.